



Berlin, 14. 09. 2015



Liebe Leserinnen und Leser,

die Sommerpause ist um, und traditionell beginnt die neue Plenarzeit mit der so genannten Haushaltswoche. In dieser Sitzungswoche berät der Bundestag über den Haushalt für das Jahr 2016.

Vorherrschendes Thema bei allen Haushaltsdebatten war die große Herausforderung der Flüchtlingsunterbringung und die Versorgung.

An dieser Stelle möchte meine Freude und Dankbarkeit über die große Hilfsbereitschaft der zahllosen Mitbürgerinnen und Mitbürger gegenüber den Flüchtlingen zum Ausdruck bringen.

Dank dieser Menschen zeigt sich Deutschland der ganzen Welt als offenes, hilfsbereites und verantwortungsbewusstes Land. In dieser Krise erkennt man, welcher unschätzbare Wert eine mitfühlende, aktive und gut organisierte Zivilgesellschaft hat. Oft betone ich diesen Wert, wenn ich bei Vereins- oder Parteiveranstaltungen spreche. Jetzt wird er tatsächlich für alle sichtbar. Diese Hilfsbereitschaft gehört zu den wertvollsten Ressourcen unserer Gesellschaft. Sie macht das Land stark, hält es zusammen, auch gegen Bedrohungen von rechtsradikaler Seite.

Allerdings ist es uns bisher nicht gelungen, eine gemeinsame europäische Lösung für die Flüchtlingskrise zu finden. Einige unserer Partner verweigern eine solche Lösung sogar ganz offen. Ohne eine gemeinsame europäische Anstrengung wird die Bewältigung der Flüchtlingskrise in Europa nicht gelingen. Kein Land kann die Aufnahme und Unterbringung der Flüchtlinge allein auf sich nehmen. Es ist notwendig, dass wir dies unseren Nachbarn deutlich machen. Alle EU-Länder sind in der Pflicht, entsprechend ihrer Größe und Möglichkeiten, Verantwortung zu übernehmen.

Mit den gerade wieder eingeführten –zeitlich begrenzten– Grenzkontrollen versucht die Bundesregierung in einem ersten Schritt, den Flüchtlingsstrom in geordnete Bahnen zu lenken und so zu begrenzen, um eine völlige Überforderung der Länder und Kommunen abzuwenden. Eine gemeinsame europäische Lösung muss gefunden werden!

Ihre

Sabine Dittmar, MdB

IN DIESER AUSGABE:

TOP THEMA Seite 2

FLÜCHTLINGSPOLITIK Seite 6

EGON BAHR Seite 9



TOP THEMA

Haushaltswoche: Etatplan 2016 erneut ohne neue Schulden

Im Haushaltsentwurf der Koalition sind Ausgaben in Höhe von 312 Milliarden Euro geplant. Das sind 10,4 Milliarden Euro mehr als in diesem Jahr vorgesehen sind (2015: 301,6 Milliarden Euro). Der Entwurf sieht aber keine Aufnahme neuer Kredite vor.

Dem Ausgabenplus stehen geplante Steuermehreinnahmen in Höhe von 10,62 Milliarden Euro gegenüber.

Der Haushalt 2016 und der Finanzplan bis 2019 kommen ohne neue Schulden aus – Jahr für Jahr. Damit trägt der Bund maßgeblich dazu bei, das Ziel zu erreichen, die gesamtstaatliche Schuldenquote innerhalb von zehn Jahren auf unter 60 Prozent des Bruttoinlandsprodukts zu senken – so wie es die europäischen Regelungen vorschreiben.

In der allgemeinen Finanzdebatte zur Einbringung des Haushalts am letzten Dienstagmorgen sagte SPD-Fraktionsvize Carsten Schneider, dem florierenden Arbeitsmarkt und der Zinersparnis (allein in diesem Jahr 20 Milliarden Euro) sei es zu danken, dass die Lage in Deutschland so gut sei. Deshalb könnten die Herausforderungen durch die Flüchtlingskrise gemeistert werden. Er verwies auf die Reserven, die dafür genutzt werden könnten.

Schneider machte deutlich, dass die hohe Binnennachfrage auch mit dem von der SPD-Fraktion durchgesetzten Mindestlohn zusammenhänge. Er mahnte zugleich aber weitere Investitionen des Staates an – bei der Infrastruktur ebenso wie etwa beim Kitausbau.

Der haushaltspolitische Sprecher der SPD-Fraktion Johannes Kahrs lobte die Beschlüsse der Koalition, 6 Milliarden Euro zur Bewältigung der hohen Flüchtlingszahlen zu mobilisieren. „Das ist sehr viel Geld“, sagte Kahrs. Er betonte, dass dazu noch die 3000 neuen Stellen bei der Bundespolizei kommen und 1000 neue Stellen beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.

Besonders wichtig sei ihm aber die Botschaft, dass der Staat trotz all der Anstrengungen für Flüchtlinge die sonstigen Aufgaben weiter erledigen werde: „Wir werden nicht eine Gruppe gegen eine andere ausspielen, sondern weiterhin helfen, weiterhin investieren und weiter unsere normalen Hausaufgaben machen, damit dieser Staat weiter funktioniert und so erfolgreich bleibt.“ Der Haushalt 2016 stelle langfristige Weichen.

Der Bundeshaushalt 2016:

Mit diesem Haushaltsentwurf erhöht die Koalition die Zukunftsinvestitionen: ein erster Teil des Investitionspaketes von 10 Milliarden Euro wird 2016 umgesetzt. Außerdem geht es auch mit dem im Koalitionsvertrag vereinbarten Maßnahmenpaket von insgesamt 23 Milliarden Euro weiter. Damit stärkt die Koalition vor allem Ausgaben in die öffentliche Infrastruktur, Energieeffizienz, Bildung und Kinderbetreuung

Zugleich sind die steuerlichen Entlastungen für die Bürgerinnen und Bürger mit einem Volumen von mehr als 5 Milliarden Euro durch die Anhebung des Grundfreibetrags, des Kinderfreibetrags, des Kindergeldes, des Kinderzuschlags, des Alleinerziehendenfreibetrages und der Verschiebung der Tarifgrenzen anteilig im Haushalt berücksichtigt.



Ein besonderer Schwerpunkt bleibt die Unterstützung für finanzschwache Kommunen: Bereits mit dem Nachtragshaushalt 2015 hatte der Bund 3,5 Milliarden Euro für einen Kommunalinvestitionsförderungsfonds bereitgestellt. Mit diesem Sondervermögen gewährt er den Ländern in den Jahren 2015 bis 2018 Finanzhilfen für Investitionen in finanzschwachen Kommunen.

Die pauschale Entlastung der Kommunen und Länder bei der Aufnahme und Unterbringung von Asylbewerbern hat das Kabinett für 2015 unlängst auf 1 Milliarde Euro verdoppelt. Für 2016 haben die Koalitionsspitzen am vergangenen Sonntag zusätzliche Ausgaben des Bundes von 6 Milliarden Euro im Zusammenhang mit den Flüchtlingen beschlossen. Gemeinsam mit den Ministerpräsidenten der Länder soll am 24. September eine vollständige Einigung erreicht werden.

3

Auch die innere Sicherheit wird durch zusätzliche Mittel erheblich gestärkt, zum Beispiel für:

- die Sicherheitsbehörden, wie das Bundeskriminalamt, die Bundespolizei und das Bundesamt für Verfassungsschutz sowie für den Bereich der Cybersicherheit zugunsten des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik,
- den Digitalfunk der Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben,
- die Luftsicherheit
- rund 800 weitere Stellen wurden zur Stärkung der Inneren Sicherheit und für die IT-Sicherheit zusätzlich aufgebracht
- Für die äußere Sicherheit wird der Verteidigungshaushalt nachhaltig aufgestockt.

Wichtig ist, dass der Bund weiter an dem Ziel festhält, keine neuen Schulden zu machen. Die aktuelle Situation zeigt, wie wichtig die seriöse Finanzpolitik der vergangenen zwei Jahre war. Für die SPD-Bundestagsfraktion bedeutet das: Solide Finanzen und eine wachstumsorientierte, impulsgebende Finanzpolitik schließen sich nicht aus – im Gegenteil, sie bedingen einander.

Haushaltsdebatte im Bundestag

Normalerweise ist die Generaldebatte in der Haushaltswoche die Gelegenheit für die Fraktionsvorsitzenden im Bundestag, sich mit der Politik der Bundesregierung auseinanderzusetzen. Die Opposition nutzt die so genannte Elefantenrunde für einen Rundumschlag. Diesmal allerdings war die Aussprache gekennzeichnet von der Flüchtlingskrise.

Der Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion Thomas Opper mann lobte in seiner Rede die große Hilfsbereitschaft der Deutschen gegenüber den Flüchtlingen und ihre offene Haltung. Vor allem die Willkommensbilder der Münchner am Hauptbahnhof beeindruckten ihn sehr. Opper mann: „Dafür möchte ich allen Mitarbeitern des öffentlichen Dienstes und allen ehrenamtlichen Helferinnen Helfern meinen tiefen Dank aussprechen.“

Dank dieser Helfer zeige sich Deutschland „der ganzen Welt von seiner besten Seite“. In der Flüchtlingskrise sei zu sehen, „welch unschätzbaren Wert eine mitfühlende, aktive und gut organisierte Zivilgesellschaft hat“.

Für Opper mann gehört diese Hilfsbereitschaft zu den „wertvollsten Ressourcen unserer Gesellschaft“. Sie mache das Land stark, halte es zusammen, und sie ermögliche es, „dass wir gemeinsam sagen können: Wir schaffen das!“



Er betonte auch, dass Deutschland ein starkes Land sei, woraus eine besondere Verantwortung erwachse, auch in Zukunft mehr Flüchtlinge aufzunehmen als andere. Aber: „Allein mit Schweden und Österreich werden wir es nicht schaffen. Die Flüchtlingsfrage kann nicht auf der Ebene einzelner Länder gelöst werden, sie verlangt nach einer europäischen Antwort.“

Oppermann forderte deshalb einheitliche Asylregeln in ganz Europa. Der Grund: „Nur, wenn Flüchtlinge innerhalb Europas gleich behandelt werden, wird der Verschiebepipeline für Flüchtlinge in Europa enden.“

Fluchtursachen stärker bekämpfen

Er forderte aber auch, die Fluchtursachen in den Heimatländern stärker zu bekämpfen. Dazu gehöre es, die Anrainerstaaten zu unterstützen. In Jordanien, Syrien und der Türkei verlassen jeden Tag viele Menschen die Flüchtlingslager, weil dort die Lage katastrophal ist. Oppermann bat Entwicklungshilfeminister Müller zu prüfen, welche Umschichtungen im Entwicklungsetat möglich sind.

Ihm ist es wichtig, zu zeigen, dass der Staat die Lage in Deutschland im Griff hat und fähig ist, die Aufnahme der Flüchtlinge so zu gestalten, „dass der soziale Zusammenhalt in der Gesellschaft nicht verloren geht“. Oppermann erläuterte in dem Kontext das am Wochenende beschlossene Maßnahmenpaket der Koalition, mit dem die Länder und Kommunen bei der Flüchtlingshilfe massiv unterstützt werden. Im Parlament sagte der Fraktionschef: „Unser Ziel ist es, dass nur noch Asylbewerber mit Bleibeperspektive an die Kommunen weiterverteilt werden. Denn die Kommunen sollen sich voll auf ihre Integrationsaufgabe konzentrieren können. Dazu wird der Bund neue Erstaufnahmeplätze finanzieren und das Abweichen von Baustandards erlauben.“ Er betonte, dass der Bund Länder und Kommunen mit 3 Milliarden Euro bei der Asylbewerberaufnahme unterstützen wird.

Stichwort Integration der Asylbewerber: Die Koalition richtet jetzt ihre volle Konzentration auf Kitas und Schule, Spracherwerb, Ausbildung und Beschäftigung, kündigte Oppermann an. Für ihn ist klar: „Jeder Euro, den wir heute in Ausbildung und Qualifizierung stecken, wird sich in Zukunft um ein Vielfaches auszahlen.“

Mit Blick auf die Asylbewerber aus dem Balkan, die keine Chance auf Asyl hier haben, forderte Oppermann erneut ein Einwanderungsgesetz, mit dem sich die Nachfrage nach gut ausgebildeten Arbeitnehmern steuern lässt.

Mehr Haushaltsmittel für Bildung

In ihrer Rede im Bundestag betonte die stellvertretende Sprecherin der SPD-Arbeitsgruppe Haushalt Bettina Hagedorn die Notwendigkeit, die Fluchtursachen effektiv zu bekämpfen. Die bisher ergriffenen Mittel wie beispielsweise das Frontex-Abkommen, sagt sie, hätten die Situation für Schutzsuchende nur verschlimmert. Sie führten lediglich dazu, dass die Fluchtwege länger und gefährlicher würden. Flüchtlinge ließen sich durch Zäune und Grenzen nicht aufhalten. Um die Gefahr für die Flüchtlinge zu verhindern, müsse die Politik nun handeln.

Aus dem Haushalt müssten Mittel zur Verfügung gestellt werden, damit der Zugang zu Bildung und zum Arbeitsmarkt für Flüchtlinge und somit auch deren Integration erleichtert wird. Hierzu sollen, fordert Hagedorn, vor allem das individuelle Bildungsangebot und die Kapazitäten der Jobcenter erweitert werden.



Martin Gerster, Mitglied im Haushaltsausschuss, sagte, es stehe der Politik gut an, all den Menschen, die ehrenamtlich helfen, danke zu sagen. Er verwies auf den Stellenzuwachs beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge und bei der Bundespolizei. Beides helfe, die Herausforderungen durch die hohe Flüchtlingszahl zu bewältigen. Ihm ist sehr wichtig, die Flüchtlinge nicht nur als "Krise zu sehen, sondern als Chance für unser Land". Gerster kündigte an, im Haushaltsausschuss zu prüfen, inwieweit Gelder weiter aufgestockt werden könnten, etwa beim BKA, um die Schleuser zu bekämpfen und beim Kampf gegen Rechtsextremismus.

Ewald Schurer, auch Mitglied des Haushaltsausschusses, bestärkte in seiner Rede Thomas Oppermann. Er findet ebenso, dass es wichtig sei, das Flüchtlingsaufkommen solidarisch in Europa zu teilen. Deutschland habe nichtsdestotrotz eine besondere Verantwortung gegenüber den Schutzsuchenden. Diese Verantwortung, sagte er, erwachse aus der guten ökonomischen Lage Deutschlands.

Gabriel: Flüchtlinge helfen beim Fachkräftemangel

Die Flüchtlingskrise ist eine Herausforderung für ganz Europa. Doch viele Länder der Europäischen Union weigern sich, Flüchtlinge aufzunehmen. In seiner Rede zum Etat seines Hauses fand Bundeswirtschaftsminister und Vizekanzler Sigmar Gabriel für diese Entwicklung deutliche Worte.

„Europa ist in Gefahr durch wachsenden nationalen Egoismus seiner Mitgliedstaaten“, konstatierte Sigmar Gabriel. Das müsse schnell überwunden werden, „sonst können wir die Menschen nicht mehr von der europäischen Idee überzeugen“. Er stellte klar: „Dass Deutschland Flüchtlinge aufnimmt statt abzuweisen, ist ein Zeichen der Stärke, und das wird auch international so gesehen“. Allein im September seien bis dato 40.000 Flüchtlinge zu uns gekommen. Deshalb reiche es auf europäischer Ebene nicht aus, nur 160.000 Flüchtlinge sozusagen umzuverteilen. „Europa muss deutlich mehr tun!“

Gabriel machte auch deutlich, was in Europa darüber hinaus geschehen muss, damit es gerechter zugeht, zum Beispiel die Ungerechtigkeit beseitigen, dass große Unternehmen wie Starbucks oder Amazon kaum Steuern bezahlen. Auch eine Harmonisierung der Körperschaftsteuer mahnte er an sowie „gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit“.

Die Frage, wie Deutschland mit den Flüchtlingen umgeht, ist auch für Gabriel ein wichtiges Thema. Er lobte die vielen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer: „Das tut Deutschland gut, und das tut den Flüchtlingen gut“, sagte er. Wichtige Aufgabe des Staates sei es, für eine anständige Integration der Flüchtlinge zu sorgen. Für Gabriel liegen dabei Chancen und Risiken dicht beieinander. „Wenn wir es schaffen, diese Menschen in Arbeit zu bringen, setzen wir auch dem Fachkräftemangel und der Alterung der Gesellschaft etwas entgegen“, erläuterte er. Denn die demografische Entwicklung sei „eine Gefahr für die ganze Gesellschaft“.

Es komme darauf an, Leistungsträger nicht zu Leistungsempfängern zu machen. Er forderte mehr Ausbildungsplätze, denn Flucht dürfe nicht zu jahrelangem Nichtstun führen. Gabriel. „Arbeit zu haben, ist die beste Form von Integration“. Und nur eine Wirtschaft, die wachse, könne die Herausforderungen, vor denen die Gesellschaft stehe, auch tragen.



FLÜCHTLINGSPOLITIK

So sehen die Maßnahmen der Koalition in der Flüchtlingspolitik aus

Deutschland ist in diesen Monaten das Zielland einer nie gekannten Zahl von Flüchtlingen, die in unserem Land Sicherheit suchen. Die Koalition hat sich auf ein Maßnahmenbündel geeinigt, das vor allem Länder und Kommunen unterstützt.

Hunderttausendfach begegnen die Menschen in Deutschland den Flüchtenden mit einer nie gekannten Hilfsbereitschaft und Solidarität.

Klar ist aber auch, dass die Gesellschaft diese Herausforderung nur bewältigen kann, wenn es Erfolge im internationalen Kampf gegen die Fluchtursachen (Bürgerkriege, Destabilisation ganzer Staaten und terroristische Gefahren) gibt und Hilfe für die Nachbarländer der Krisengebiete erbracht wird. Vor allem bedarf es innereuropäischer Solidarität und einer gemeinsamen Asyl- und Flüchtlingspolitik der Europäischen Union. Das steht ebenso auf der Tagesordnung wie die Schaffung einer nachhaltigen Infrastruktur für Flüchtlinge und ihre Integration in unser Land.

Der Koalitionsausschuss hat sich am Sonntagabend deshalb mit der aktuellen Flüchtlings- und Asylsituation beschäftigt und sich auf eine gemeinsame Position für das weitere Vorgehen und die anstehenden Gespräche und Entscheidungen auf Ebene der EU und mit den Bundesländern verständigt.

Im Einzelnen bedeutet das unter anderem:

Bund, Länder und Kommunen

Asylverfahren einschließlich von Rückführungen beschleunigen:

- Priorität haben weiterhin die Beschleunigung der Asylverfahren und der Abbau der beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BMAF) anhängigen Verfahren, u. a. durch die zügige Besetzung der bereits beschlossenen neuen Stellen und der unbürokratischen Gewinnung weiteren Personals für Entscheidungskapazitäten.
- Bei der Bundespolizei werden 3000 zusätzlich Stellen für die kommenden drei Jahre geschaffen.
- Kosovo, Albanien und Montenegro werden durch Gesetzesänderung zu sicheren Herkunftstaaten bestimmt.
- Die Höchstdauer des Aufenthaltes in Erstaufnahmeeinrichtungen kann bis zu sechs Monate betragen – entsprechend verlängert sich die Residenzpflicht.
- Für Asylsuchende aus sicheren Herkunftsländern verlängert sich der Aufenthalt in der Erstaufnahmeeinrichtung bis zum Ende des Verfahrens und der in der Regel darauf folgenden Rückführung.



Menschenwürdige Erstaufnahmeeinrichtungen schaffen:

Der Bund wird Länder und Kommunen beim Ausbau von ca. 150.000 winterfesten Plätzen in menschenwürdigen Erstaufnahmeeinrichtungen für Flüchtlinge verstärkt unterstützen. Er wird Ländern und Gemeinden alle verfügbaren Plätze in Bundesliegenschaften zur Unterbringung von Flüchtlingen auf Anforderungen sofort und mietzinsfrei zur Verfügung stellen und die Kosten für die Herrichtung übernehmen. Soweit Bundesliegenschaften nicht zur Verfügung stehen, wird der Bund die Schaffung der erforderlichen Plätze finanziell angemessen unterstützen.

In einem Beschleunigungsgesetz soll für einen befristeten Zeitraum für die Bewältigung der aktuellen Asyl- und Flüchtlingssituation die Abweichung von geltenden Regelungen oder Standards ermöglicht werden. Die Länder werden ihrerseits zu entsprechenden Regelungen ermuntert.

7

Fehlanreize beseitigen:

Bargeldbedarf in Erstaufnahmeeinrichtungen soll so weit wie möglich durch Sachleistungen ersetzt werden, und Asylbewerber aus sicheren Herkunftsstaaten sollen bis zum Ende des Verfahrens in den Erstaufnahmeeinrichtungen verbleiben. Die Höchstdauer zur Aussetzung von Abschiebungen wird von 6 auf 3 Monate reduziert.

Entlastung der Kommunen:

Der Bund wird zur Bewältigung der Flüchtlings- und Asylsituation die Ansätze im Haushalt 2016 um 3 Milliarden Euro erhöhen und Ländern und Kommunen weitere 3 Milliarden Euro zur Verfügung stellen. Über die Einzelheiten der Verwendung wird mit den Ländern bis zum 24. September 2015 Einvernehmen erzielt.

Integration:

Das Leiharbeitsverbot für Asylbewerber und Geduldete entfällt nach drei Monaten. Um die Arbeitsmarktintegration von Flüchtlingen frühzeitig und zielgerichtet zu unterstützen, wird die Koalition die Mittel für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen und für die berufsbezogene Deutschförderung und für qualifiziertes Personal in den Jobcentern entsprechend dem steigenden Bedarf aufstocken.

Alternativen zum Asylweg:

Für Angehörige der Staaten des Westbalkan (Bosnien-Herzegowina, Mazedonien, Serbien, Kosovo, Albanien und Montenegro) will die Koalition die Möglichkeiten der legalen Migration aus dem Herkunftsland zur Arbeitsaufnahme in Deutschland schaffen. Wer einen Arbeits- oder Ausbildungsvertrag mit tarifvertraglichen Bedingungen vorweisen kann, soll arbeiten oder eine Ausbildung aufnehmen dürfen.

Sozialen Wohnungsbau ausbauen:

Der Bund wird Kommunen und kommunalen Gesellschaften über Konversionsliegenschaften hinaus auch weitere Immobilien und Liegenschaften schnell und verbilligt für den sozialen Wohnungsbau bereitstellen.



Freiwilliges Engagement:

Das freiwillige Engagement der Bürgerinnen und Bürger ist von unschätzbarem Wert. Die Koalition wird diese Arbeit unterstützen und beim Freiwilligendienst des Bundes bis zu 10.000 zusätzliche Stellen einrichten.

Europa

Doch auch Europa muss seine Flüchtlingspolitik optimieren. Die Herausforderung angesichts der immensen Flüchtlingszahlen kann von der Europäischen Union nur gemeinsam und auf der Grundlage ihrer Werte- und Rechtsordnung bewältigt werden.

Bei den bevorstehenden Treffen auf europäischer Ebene sollen daher folgende Themen im Mittelpunkt stehen:

Es müssen menschenwürdige Aufnahme- und Registrierungseinrichtungen (so genannte Hotspots) in den EU-Mitgliedstaaten geschaffen werden, an deren Außengrenzen der Flüchtlingsandrang besonders groß ist, und es muss eine solidarische und faire Verteilung und Aufnahme schutzbedürftiger Flüchtlinge durch die EU-Mitgliedstaaten geben und eine gemeinsam EU-Liste sicherer Herkunftsländer. Außerdem bedarf es einer grundlegenden Reform der EU-Asylpolitik mit dem Ziel eines einheitlichen EU-Asylrechts. Nicht zuletzt muss die Schleuserkriminalität massiv und entschlossen bekämpft werden.

Bekämpfung der Fluchtursachen und Stabilisierung der Nachbarländer

Die Koalition prüft, ob ähnlich wie in Niger weitere Anlaufstellen und Einrichtungen in Nordafrika eingerichtet werden können. Außerdem will sie das EU-Engagement zur Bekämpfung der Fluchtursachen in den hauptsächlichen Herkunftsländern durch europäische Mittel verstärken.

Deutschland wird seine Mittel für die Krisenbewältigung- und -prävention ausbauen. Dafür werden die entsprechenden Mittel im Haushalt des Auswärtigen Amtes um jährlich 400 Millionen Euro aufgestockt. Schließlich werden die Visastellen in den Auslandsvertretungen verstärkt.

Christine Lambrecht, Erste Parlamentarische Geschäftsführerin der SPD-Bundestagsfraktion, sagt: „Mit den Beschlüssen des Koalitionsausschusses stellt die Koalition ihre Handlungsfähigkeit unter Beweis. Angesichts der beispiellos hohen Zahl von Flüchtlingen müssen wir jetzt vor allem dafür sorgen, dass die schutzbedürftigen Menschen bei uns menschenwürdig untergebracht und versorgt werden können. Einen zentralen Beitrag werden hierbei die finanziellen Zusagen des Bundes an die Länder und Kommunen leisten.“

Die Einzelheiten müssen jetzt so schnell wie möglich zwischen Bund und Ländern ausgehandelt werden, damit die Mittel fließen können. Nur gemeinsam können wir diese große Herausforderung bewältigen.“



GEDENKEN

SPD-Fraktion trauert um Egon Bahr

Der SPD-Politiker Egon Bahr ist im Alter von 93 Jahren verstorben. Bahr hat die Außenpolitik der Bundesrepublik so nachhaltig geprägt wie wenige sonst.

Als Impulsgeber für den ‚Wandel durch Annäherung‘ und als Architekt der neuen Ostpolitik hat er maßgeblich zu einer schrittweisen Annäherung der beiden deutschen Staaten und zu einem Abbau der Spannungen zwischen West und Ost beigetragen. Seine Auftritte als Bundesminister für besondere Aufgaben an der Seite von Willy Brandt (SPD) sind bereits ein fester Teil der bundesrepublikanischen Geschichtsschreibung.

Der Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion Thomas Oppermann sagt: „Egon Bahr sah sich bis ins hohe Alter dem Frieden, der Freiheit und der Verständigung unter den Völkern verpflichtet. Wir trauern um einen aufrechten Sozialdemokraten, engagierten Versöhner und manchmal auch unbequemen Mahner. Unsere Gedanken sind bei seiner Familie und seinen Freunden.“

SPD-Parteichef Sigmar Gabriel sagt: "Ich bin unendlich traurig, mit ihm einen Freund verloren zu haben, der mir in vielen Gesprächen mit seinen überragenden Kenntnissen und großen historischen Erfahrungen Rat gab."

Die politische Lebensleistung Egon Bahrs ist herausragend und wird vor der Geschichte Bestand haben. Er hat zahlreiche Ehrungen für sein politisches Lebenswerk erhalten, seine größte Belohnung jedoch war der Fall der Mauer im November 1989.

Egon Bahr war nicht nur ein großer außenpolitischer Vordenker, sondern hat mit einzigartiger politischer Tatkraft und psychologischem Einfühlungsvermögen seine Konzepte in die Tat umgesetzt. In all seinen Ämtern – auch als Abgeordneter des Deutschen Bundestages sowie als Minister für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Bundesgeschäftsführer der SPD – blieb er ein unabhängiger, freier und kreativer Geist, der sich den vorherrschenden Meinungen nicht anpasste, sondern in bester sozialdemokratischer Tradition auf die aufklärerische Kraft der Vernunft und des Wortes setzte. Um unsere Demokratie hat er sich mit dieser Lebensleistung in herausragender Weise verdient gemacht.

Die SPD-Bundestagsfraktion und die SPD sind dankbar, dass er seine Partei stets loyal begleitet hat und werden seine analytische Brillanz, seine Rationalität und Leidenschaft, aber auch sein Temperament und seinen liebenswürdigen Humor sehr vermissen.